

ÜBER DEM GROßEN TEICH

Gefahr durch den »Emporkömmling«

Über die politischen Lager in den USA hinweg dominiert der strategische Konflikt mit China die sicherheitspolitischen Debatten in den Vereinigten Staaten

Für Deutschland ist Chinapolitik vor allem Wirtschaftspolitik. Das wurde auch gerade wieder einmal beim zweiten China-Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz deutlich. Die deutsche und europäische Sicherheitspolitik hat dagegen mit den Kriegen in der Ukraine und Gaza alle Hände voll zu tun. Für Chinas offensive Weltpolitik bleibt da wenig Zeit.

Das alles sieht in den USA ganz anders aus. Außer in der Klimapolitik spricht hier kaum noch einer davon, dass eine Partnerschaft und Kooperation mit China möglich oder gar wünschenswert sei. China wird offen als Feind beschrieben und ein militärischer Konflikt oftmals als unvermeidbar dargestellt. Der blutrünstige Putin in Russland, der unberechenbare Diktator Kim Jong-un in Nordkorea, die Ajatollahs in Iran und Terrororganisationen wie Hamas oder IS stellten große weltpolitische Gefahren dar. Doch mit denen könne man fertig werden, so heißt es. Die wirkliche Bedrohung gehe von China aus.

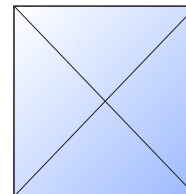
US-Demokraten und -Republikaner, sonst heftig zerstritten, sind sich einig: Dem Regime in Peking muss dringend Einhalt geboten werden. China dominiert daher die außenpolitische Diskussion in Washington wie kein anderes Thema. Dafür gibt es viele Gründe. Drei davon sind besonders wichtig.

Kampf um globale Vorherrschaft

Bei der Konkurrenz mit China, so glauben die meisten Menschen in den USA, stehe nichts weniger auf dem Spiel als die Stellung der USA als Weltmacht Nummer eins. China, so ist man überzeugt, will die USA als Wirtschafts- und Technologiemacht, aber auch als globale militärische Führungsmacht so schnell wie möglich überflügeln, um dann das Ordnungsgefüge der Welt in autoritärem und antidemokratischem Sinne neu zu gestalten.

Schon unter Präsident Barack Obama begannen die USA, behutsam Gegenwehr zu leisten. Donald Trump griff zu weitaus schärferen Mitteln, die sein Nachfolger Joe Biden fast alle übernahm. Die USA führten umfangreiche Exportkontrollen für die modernsten Technologieprodukte ein, gerade auch im Bereich der Halbleiter und der Künstlichen Intelligenz (KI). Besonders betroffen davon sind sogenannte Dual-Use-Produkte, die China sowohl bei der ökonomischen Modernisierung als auch bei dem aggressiven Ausbau seiner Militärmacht helfen könnten.

Die USA erheben auch auf zahlreiche chinesische Importe, vor allem auf Stahl- und Aluminiumprodukte, eine zusätzliche Einfuhrsteuer. Vor allem aus nationalen Sicherheitsgründen will Washington verhindern, dass beispielsweise einheimische Stahlwerke durch die



KLAUS LARRES
ist Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der University of North Carolina, Chapel Hill. In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener aus Sicht eines Deutschen über die USA als Wahlheimat und liebsten Forschungsgegenstand

chinesische Konkurrenz in den Bankrott getrieben werden. Viele in Washington befürworten eine fast völlige Entkoppelung von China, besonders von den als gefährlich angesehenen Technologieprodukten, wozu auch die App Tiktok, die Erzeugnisse der Telekommunikationsfirmen Huawei und ZTE und viele andere zählen.

Clash im Indopazifik

Aber die USA fühlen sich nicht nur durch die Handelspolitik Chinas, sondern auch durch die chinesische Geopolitik bedroht, nicht zuletzt im Indopazifik. Schon Obama verkündete eine „Hinwendung zum Pazifik“, die aber weitgehend folgenlos blieb. Das änderte sich unter Trump und Biden. Beide Präsidenten begannen damit, das Netz von US-Verbündeten im Fernen Osten auszubauen und enge bi- und multilaterale Partnerschaften mit Indien, Japan, Südkorea, den Philippinen, Malaysia, Indonesien, und manch anderen Ländern aufzubauen.

Ungeachtet des 2016 erfolgten Urteilspruchs eines UN-Gerichts

„Sicherlich spielt auch eine Rolle, dass es sich bei China um ein einstiges Entwicklungsland handelt

sieht China etwa 90 Prozent der Südchinese als eigenen Besitz. Manche der unbewohnten Inseln und Felsbrocken, auf die auch die Philippinen, Vietnam, Brunei und Malaysia Anspruch erheben, sind von strategischer Bedeutung, falls es zu einem militärischen Konflikt kommen sollte. Tief im Meeresboden unter den umstrittenen Inseln, mehr als 3000 Kilometer entfernt vom chinesischen Festland, sollen aber auch reichhaltige Öl und Erdgasvorkommen liegen.

Die USA und die Philippinen verbindet ein 1951 geschlossener Verteidigungspakt. Bei einer ernsthaften chinesischen Aggression gegen philippinische Boote und Seeleute würden Washington Manila wohl beistehen und militärisch eingreifen.

Auch die immer forschere Politik Chinas gegenüber Taiwan wird in Washington mit großer Sorge gesehen. Zwar ist Taiwan Teil Chinas, was von allen westlichen Ländern anerkannt ist, doch besitzt die nur 160 Kilometer vor dem chinesischen Festland gelegene Insel eine von Peking autonome Innen- und Außenpolitik.

Schon seit den Zeiten Mao Zedongs hat Peking das Ziel, die Einheit ganz Chinas wiederherzustellen, am besten gewaltlos, aber wenn nötig auch durchaus mittels der Anwendung von Gewalt, wie chinesische Politiker immer wieder betonen. US-Offiziere sagen, dass es wohl 2027 so weit sein könnte. Es ist klar, dass die USA es sich dann kaum leisten könnten, passiv zu bleiben. Es wäre der Anfang vom Ende der USA als globale Hegemonialmacht.

Westliche Wertvorstellungen

Neben der geopolitischen und wirtschaftlichen Rivalität gibt es aber auch manche andere Faktoren, die die USA und China auf Kollisionskurs gebracht haben. In den USA wird beispielsweise nie vergessen, dass es sich bei China um ein atheistisches und kommunistisches Regime handelt, das diktatorisch regiert wird und keinerlei Respekt für Menschenrechte zeigt.

Sicherlich spielt auch eine Rolle, dass es sich bei China um ein einstiges Entwicklungsland handelt, dem die USA unter Präsident Richard Nixon im Kontext des Kalten Krieges einst die Hand reichten, um es wirtschaftlich auf die Beine zu bringen. Dass dieser Emporkömmling nun so dreist ist, die globale Vorherrschaft der USA in Frage zu stellen, empfinden viele Menschen in den USA – gerade auf dem rechten Spektrum – als inakzeptabel.

Erinnerung an 19. Jahrhundert

Auf den ersten Blick erinnert das ein wenig an die Konkurrenz zwischen der Weltmacht Großbritannien und dem aufstrebenden Kaiserreich Deutschland im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert. Auch wenn der Vergleich hinkt, ist es kaum zu bezweifeln, dass ein Krieg zwischen den USA und China zu ähnlich schrecklichen Folgen für die ganze Welt führen würde wie der Erste Weltkrieg.

Dennoch: Ein Krieg zwischen den beiden Supermächten ist derzeit eher unwahrscheinlich. Das Treffen von Präsident Biden und Präsident Xi Jinping in San Francisco Mitte November 2023 hat zu einem Tauwetter geführt. Ob es sich dabei um eine nur kurzfristige oder länger andauernde Entspannung handelt, ist jedoch völlig ungewiss. Auch über die voraussichtlich noch härtere Chinapolitik der USA unter einer zweiten Präsidentschaft Donald Trumps kann derzeit nur spekuliert werden.